

Haushaltsrede 2019

- Wir haben den 11. April 2019 und beschließen erst heute über den Haushalt des schon über 3 Monate bestehenden Jahres.
- Ich stimme der FDP ausdrücklich zu, dass dies für das nächste Haushaltsjahr anders laufen muss und im Oktober 2019 für 2020 der Haushalt eingebracht werden muss.
- Einer der Gründe für das späte Einbringen, war, dass der neue Bürgermeister noch am Haushalt mitwirken wollte. Letztendlich kamen hier hauptsächlich der Stadtgarten und die Mainuferrenaturierung hinzu, letzteres wurde jedoch wieder gestrichen. Das kann also nicht das Argument für die Verspätung sein. Zumal der Bürgermeister jetzt fast ein halbes Jahr im Amt ist und die Einarbeitung längst hätte erfolgt sein müssen. Eine Schonfrist kann nicht mehr beansprucht werden.
- Auch zeigt dieser Umstand, dass von den Hauptamtlichen nicht gestalterisch auf den Haushalt eingewirkt wurde.
- Die Haushaltsvorlage ist ideenlos, es ist ein durchgewurschtelt, es sind noch nicht einmal die Grundlage für die Haushaltsberatungen für die Ehrenamtlichen geschaffen worden.
- Erst auf Nachfrage unsererseits und der FDP wurden Restmittel in den jeweiligen Ämtern abgefragt und welche Mittel für Personalaufwendungen ab wann realistisch benötigt werden. Dies hätte vom 1. Stadtrat oder Bürgermeister, also den Hauptamtlichen erfolgen müssen; ausdrücklich nicht von der Verwaltung.
- Stattdessen steht man auf dem Standpunkt, dass ein Zusammentragen der Zahlen ausreicht und wenn der Haushalt

dann nicht ausgeglichen ist, erhöht man die Steuern. Ansonsten hörte man von Sven Hess immer, dass die Politik darüber dann zu entscheiden hat. Hierbei vergisst er gerne, dass der 1. Stadtrat ein politisches Mandat hat und kein Verwaltungsbeamter ist, der sich aus allem heraushalten kann.

- Wenn dem so wäre, ist dies erst Recht das Argument, dass wir keinen hauptamtlichen ersten Stadtrat benötigen.
- Doch auch der neue Bürgermeister hat keine eigene Handschrift im Haushalt hinterlassen. Getreu nach dem Motto: **Wenn ich nichts mache, kann ich nichts falsch machen.** Das mag ja richtig sein und man kann damit anscheinend Wahlen gewinnen. Doch everybodys Darling sein, kann sich ein Bürgermeister nicht leisten und eine Stadt wie Flörsheim kann sich einen solchen Bürgermeister nicht leisten.
- Deswegen wünsche ich mir mehr Mut von Herrn Dr. Blisch. Wenn man ganz vorne steht, muss man Entscheidungen treffen. Ein Stillstand wäre für Flörsheim fatal. Man darf auch mal Fehler machen, gar nichts machen, ist wesentlich schlimmer.
- Es ist aus dem Haushalt nicht zu erkennen, was für Ziele für Flörsheim umgesetzt werden sollen. Die dringenden Probleme wie Wohnungsbau, Kinderbetreuung und Infrastruktur werden nicht angegangen. Einnahmemöglichkeiten erst gar nicht gesucht.
- Stattdessen werden die Steuer erhöht.
- Die Grundsteuer sollen von 490 auf 550 Punkte erhöht werden. Nun gut, der erste Entwurf sah eine Erhöhung auf 835 vor. Insofern klingt dies vielleicht moderat und man versucht es so der Bevölkerung zu verkaufen. Doch auch dies wäre nicht notwendig, wenn man Einnahmen durch Grundstücksverkäufe generieren und vor allen Dingen auf die hauptamtliche Besetzung der Stelle des ersten Stadtrates verzichten würde.

- Die Kosten jährlich für den ersten Stadtrat belaufen sich neben Gehalt, Assistenz, Pensionsrückstellung, Beihilfe und Verwaltungsaufwand auf mindestens 200.000 €.

- Ich kenne die Argumentation nur zu gut. Der vorherige Bürgermeister hatte auch den Vorzug eines Hauptamtlichen. Flörsheim hat genug Aufgaben, deswegen wird ein Hauptamtlicher benötigt. Die Notwendigkeit eines Stadtrates wird nach den Aufgaben und nicht nach der Haushaltslage beurteilt.

Der Bürgermeister will das Dezernat des Kämmerers übernehmen. Die Aufgaben für Jugend, Soziales und Kultur sowie das Bauamt kann von zwei oder mehr ehrenamtlichen Stadträten übernommen werden. Wie man in Eschborn gesehen hat, hat gerade das Bauamt überdurchschnittlich gut funktioniert, für manche wohl auch zu gut. Dies zeigen beispielsweise die Städte im Main-Taunus-Kreis Kelkheim (28.829 Einwohner), Hochheim (17.620) und Schwalbach (15.422), die allesamt keinen hauptamtlichen Stadtrat haben. Interessant ist hierbei, dass diese Städte auch einen entsprechenden Grundsteuersatz haben. (470, 405 und 250). Die Aufgaben können also sehr gut, auf mehrere Schulter verteilt werden, wie die ähnlich großen Städte zeigen und daher kann der Haushalt damit entlastet werden.

- Aber es verwundert nicht, dass dies die Grünen ganz anders sehen. Ich war früher ein absoluter Fan von Grün und für mich war eine rot-grüne Koalition immer das Nonplusultra. Das hat sich leider geändert, von der rebellischen Partei haben sich die Grünen in eine Partei verwandelt, die unbedingt Posten bekleiden wollen, egal was es kostet. Das passt zu ihrem ursprünglichen Selbstbildnis überhaupt nicht. Im Kreis haben Sie schon davon profitiert, dass eine zusätzliche Stelle für eine Kreisbeigeordnete geschaffen wurde. Hier in Flörsheim geht der erste grüne Stadtrat mit knapp 60 Jahren in Rente und kostet der Stadt entsprechend Pension und macht so Platz für die nächste Grüne auf dem Stadtratsposten, womit die Stadtkasse

wiederum belastet wird. Natürlich hat das aber nichts mit Machtgedanken zu tun, man will nur das Beste für Flörsheim!!!

- Da passt es auch super, dass von dem Grünen Kämmerer erst einmal eine Grundsteuererhöhung von 835 Punkte gefordert wird und dann vom Dreierbündnis auf 550 reduziert wird, so dass diese Zusammenhänge erst mal nicht offensichtlich sind. Aber letztendlich wird die Stelle des hauptamtlichen Stadtrates durch die Steuererhöhung finanziert.

- (Fast) noch schlimmer ist die Gewerbesteuererhöhung. Diese wollte der Kämmerer unangetastet lassen, was auch absolut richtig ist. Eine Erhöhung auf 380 Punkte wäre auch noch tragbar gewesen, da dies hauptsächlich die größeren Gewerbetreibenden betrifft, die die Erhöhung aber anders kompensieren können. Eine Erhöhung auf 395 Punkte bedeutet jedoch eine unverhältnismäßige Belastung des Kleingewerbetreibenden. Die Gewerbesteuer wird bei einem Steuersatz bis zu 380 Punkten mit der Kapitalertragssteuer verrechnet, geht die Gewerbesteuer darüber hinaus, trifft dies den Gewerbetreibenden doppelt, die entsprechend höhere Gewerbesteuer und die dann entstehende Kapitalertragssteuer.

- Die CDU möchte das Gewerbegebiet West V2 mit Kleingewerbe ansiedeln. Umso weniger ist es zu verstehen, dass die Gewerbesteuer über 380 Punkte angehoben werden soll. Dies trifft die kleinen Handwerker, die selbständige Friseurin, den kleinen Tante-Emma-Laden. Diese Politik ist nicht konsequent, nicht stringent und ein Offenbarungseid.

- Wie schon angesprochen, sollte ein Haushalt die politischen Ziele der Regierung erkennen lassen. Dies vermisse ich. Anstatt das Wohnproblem zu lösen, wird es wie in der Vergangenheit ignoriert und die Behebung verhindert. Grundstücksverkäufe sind nicht gewünscht und werden als unredlich verhindert, weil keine konkreten Verkäufer vorhanden sind. Das zeigt, dass die Regierung fern ab jeglicher Realität ist. Heut zu Tage sind Grundstücke rar und Verkäufer schnell gefunden. Bauträger wären froh um solche Grundstücke und

mit der Auflage, mindestens 30 % bezahlbarem Wohnraum zu schaffen, hätte man zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen können. Die Stadt hätte Einnahmen generieren und etwas für den Wohnungsbau tun können. Aber das ist alles nicht gewünscht, erst soll ein Stadtentwicklungskonzept ohne wirkliche Bürgerbeteiligung eingeholt werden und dann in 5-10 Jahren wird eventuell etwas umgesetzt, weil ein Wachsen von Flörsheim nicht gewünscht wird. Dass dies aber bedeutet, dass Normalverdienende kaum noch die Mieten zahlen können, ist egal, dies ist wohl nicht das Klientel von CDU und GALF.

- Der Verkauf des Grundstückes in der Riedstrasse ist aber vielleicht auch deswegen nicht gewünscht, weil angrenzend ein Angehöriger bzw. Nahestehender der freien Bürger wohnt und seinen Garten auf das städtische Grundstück ausgedehnt hat.

- Außerdem werden teure Wahlgeschenke gemacht, unter anderem an Weilbach. Zum einen soll das Grundstück der ehemaligen Feuerwache nun nicht mehr verkauft werden, obwohl dies schon beim letzten Haushalt so vereinbart wurde. Kein anderer Stadtteil hat solche Zugeständnisse bekommen. In der Stadtmitte gibt es kein Haus der Vereine, in Wicker haben die Vereine ihre Vereinsheime allein gestemmt. Warum sollte das in Weilbach anders sein? Natürlich liegt uns die Vereinsförderung am Herzen. Aber dies muss gleichmäßig verteilt werden und es sollten keine Unterschiede gemacht werden. Wenn die Weilbacher Vereine das Grundstück abkaufen möchten, kann dies selbstverständlich möglich gemacht werden.

- Das weitere Geschenk an Weilbach ist das größere Feuerwehrauto. Natürlich sind wir froh und dankbar, dass in Flörsheim und seinen Ortsteilen viele Frauen und Männer sich in der Freiwilligen Feuerwehr engagieren. Aber wir als Politiker haben auch die Verpflichtung, dass wir alle Feuerwehren gleich behandeln, genauso, wie es im Feuerwehrbedarfsplan festgehalten ist. Ich möchte nochmal ausdrücklich festhalten, dass dies größere Fahrzeug entgegen dem jetzigen Bedarfsplan angeschafft werden soll und nur aufgrund dieser

Anschaffung der Bedarfsplan abgeändert werden muss. Hier hat der Bürgermeister es in der HFA-Sitzung mit der Wahrheit nicht so genau genommen. Auch seine Argumentation hat nicht überzeugt. Auch wenn Weilbach wachsen sollte, so stehen ca. 4000 Einwohner Weilbach zu ca. 13000 Einwohner Stadtmitte gegenüber. Für Flörsheim reicht das kleinere und für das ein Drittel so große Weilbach soll ein größeres benötigt werden? Zumal bei einem größeren Brand sowieso alle Feuerwehren in der Nachbarschaft anrücken. Hier werden 100.000 € mehr ausgegeben, das an anderer Stelle viel dringender gebraucht wird.

- Was Weilbach dringend braucht, ist die Umgehungsstraße. Will der Bürgermeister davon ablenken, dass er vom Bauwesen wenig Ahnung hat und beim Ortsbeirat Weilbach noch nicht einmal berichten kann, ob für die Umgehung die Bestandskraft eingetreten ist. Dies wollte er mit dem Protokoll nachholen, was aber ebenfalls nicht erfolgt ist. Wir können nur froh darüber sein, dass der letzte Bürgermeister es geschafft hat, die Umgehungsstraße als Bundesstraße durchzusetzen, so dass die Finanzierung gewährleistet ist. Ansonsten möchte ich mir nicht vorstellen, was mit der Umgehungsstraße hätte werden sollen bei Kosten von rund 15 Millionen €, wie hätten die vom städtischen Haushalt gezahlt werden sollen?

- Die einzigen Allheilmittel des Dreier-Bündnisses sind nach wie vor Steuererhöhungen, pauschale Kürzung von Sach- und Dienstleistungen und Verschieben von Ansätzen ins nächste Haushaltsjahr.

- Gerade die pauschale Kürzung der Sach- und Dienstleistungen hat letztes Jahr gezeigt, welche Auswirkungen dies auf die Vereine hat. Anstatt die Vereine auszunehmen, umso etwas zu verhindern, soll das alte Feuerwehrgerätehaus in Weilbach den Weilbacher Vereinen zur Verfügung gestellt werden. Es soll niemand falsch verstehen, wir sind absolut für die Förderung der Vereine, das Ehrenamt ist uns wichtig und auch etwas wert. Aber es muss gerecht erfolgen.

- Außerdem ist dies ebenfalls die Aufgabe des Kämmerers schon im Vorfeld zu schauen, welche Kürzungen möglich sind, anstatt hohe Steuern zu veranschlagen und die Verantwortung der Politik zu zuschieben.
- Auch die Verschiebung von Ansätzen ins nächste Haushaltsjahr mit der Begründung, die Verwaltung ist überlastet, ist nicht nachvollziehbar. Damit wollen wir nicht in Abrede stellen, dass die Verwaltung viele Aufgaben zu bewältigen hat und dies gut meistert. Aber wenn ich mich daran erinnere, dass der Bürgermeister beim Neujahrsempfang der CDU mitgeteilt hat, dass die Verwaltung lernen muss, dass Flörsheim First gilt und jeder Mitarbeiter zuerst an die Stadt denken muss, was bei den meisten eh gegeben ist, so mutet die Überlastung lediglich als Ausrede an, weil Stillstand gewünscht ist, nach dem bereits benannten Motto, wer nichts macht, kann auch nichts falsch machen.
- Hierzu passt auch, dass die Unterführung Keramag aufgeschoben werden soll, obwohl bei den Diskussionen um das Gewerbegebiet West V2 vom Bündnis erklärt wurde, dass diese Unterführung aufgrund ihrer Wichtigkeit als auch Dringlichkeit vorrangig, losgelöst vom Schicksal des Gewerbegebietes, gesehen werden muss und schnellstmöglich realisiert werden soll. Jetzt ist es aber anscheinend nicht mehr dringend und die Einwohner der Keramag werden im Regen stehen gelassen. Damit wird nichts für die Infrastruktur getan. Dies ist aber wichtig, damit Flörsheim attraktiv bleibt. Stattdessen sollen außerdem Fahrradstraßen nicht realisiert werden, obwohl es eine Kooperation mit Hochheim, Hofheim und Wiesbaden gibt und die Federführung beim schwarz/grün/gelben MTK liegt. Da werden Bushaltestellen zurückgebaut und aufgegeben, ohne dass man weiß, ob die Haltestelle viel oder wenig genutzt wird. All dies macht die Galf mit, ist dies das Zugeständnis für den 1. Stadtratsposten?
- Auch bezüglich der Kinderbetreuung werden nicht die richtigen Akzente gesetzt. Es fehlen immer noch viele Betreuungsplätze und wie es mit der Kita Regenbogenland

weiter geht, ist noch nicht klar. In Flörsheim fehlen laut 1. Stadtrat 111 Plätze für Unterdreijährige. Daher wäre es umso wichtiger, die Kita Pustebblume mit mehr Gruppen auszubauen. Es ist auch absoluter Quatsch, dass eine Kita mit 6 oder 7 Gruppen pädagogisch nicht wertvoll sei. Viele Eltern sind auf die Betreuung angewiesen und werden diesbezüglich von der Stadt im Stich gelassen. Das mag eher zu dem konservativen Denken passen, dass ja die Mütter ansonsten zu Hause bleiben können und die Kinder selbst betreuen, aber die Realität sieht anders aus und die Eltern werden damit gezwungen ihre Kinder in Nachbarkommunen betreuen zu lassen. Damit wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erschwert. Es besteht dringender Handlungsbedarf, doch auch hier wurde seit geraumer Zeit verhindert, blockiert und die Gegebenheiten ignoriert.

- Der Haushalt zeigt also, dass keine wichtigen Ziele für Flörsheim verwirklicht werden sollen. Kein Problem wird angegangen, es werden viele Maßnahmen ins nächste Jahr geschoben, aber die Steuer werden erhöht, um die Pfründe von CDU und GALF zu sichern.

- **Aus diesem Grund lehnt die SPD-Fraktion den Haushalt ab und wird daher dagegen stimmen.**